

Volkstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Magdeburg.

Die Volkstimme erscheint täglich abends mit Ausnahme der Sonntage und Festtage mit dem Datum des folgenden Tages. — Verantwortlicher Redakteur (mit Ausnahme der Beilage Die Neue Welt): Ernst Bittmann, Magdeburg. Verantwortlich für Inserate: August Fabian, Magdeburg. Druck und Verlag von B. Wankusch u. Co., Magdeburg. Preis: 10 Pf. —

Abonnementpreis: Vierteljährlich (inkl. Frangobon) 2 Mk. 25 Pf., monatlich 8 Pf. Der Bezugsschein ist in Deutschland monatlich 1 Exempl. 1.70 Mk., 2 Exempl. 2.90 Mk. In der Expedition und den Ausgabestellen vierteljährlich 2 Mk. monatlich 70 Pf. Bei den Buchhändlern 2.25 Mk. Beleggeld. Einzelne Nummern 5 Pf., Sonntags- und ältere Nummern 10 Pf. — Anzeigenpreis: die jeweils beauftragte Zeile 15 Pf., auswärts 25 Pf., im Restamtzeit 50 Pf. Post-Zeitungsliste Seite 422

Nr. 24.

Magdeburg, Freitag den 29. Januar 1909.

20. Jahrgang.

Der Weg zur Freiheit.

Keine Epoche der menschlichen Geschichte hat in den engen Räumlichkeiten weniger Jahrzehnte gewaltigerer Zusammengebrängtheit als das Zeitalter, dem die kapitalistische Produktionsweise sein Gepräge gegeben hat. „Die Bourgeoisie hat ganz andre Wunderwerke vollbracht als ägyptische Pyramiden, römische Wasserleitungen und gotische Kathedralen, sie hat ganz andre Tüde ausgeführt als Völkerwanderungen und Kreuzzüge“, so rühmte schon vor 60 Jahren Karl Marx den Siegeszug der modernen Technik, die unvergleichliche Umwälzung aller Lebensverhältnisse, die das Werk des emporschießenden Kapitalismus war. Und doch erreichte alles, was vor 60 Jahren das Wunderwerk einer neuen Wirtschaft war, uns heute schon klein und ärmlich im Vergleich zu den großen Errungenschaften der letzten Jahrzehnte. Was waren die Spinnereien Lancashire, an deren Beispiel Marx und Engels die Entwicklungsstufe des Kapitalismus dargestellt haben, gegenüber den ungeheuren Industriebetrieben, in denen heute die blinden Naturkräfte, von einer kleinen Zahl von Arbeitern beherrscht und geleitet, der Volkswirtschaft ihre Rüstung aus Stahl und Eisen schaffen! Und wenn auch die technische Revolution nicht des ganzen Volkes Errungenschaft ist, sondern nur die Basis, auf der sich das große Gebäude der Kunst und Vaternehmerverbände, die Herrschaft der Großbanken, die Diktatur der Kapitalistenklasse aufbaut, so ist es doch dieselbe Entwicklung, die die Arbeiterklasse zum hoffnungsreichen, siegesgewissen Kampfe zusammenscharrt, die mit den ausgebeuteten Massen auch die gedrücktesten Nationen zu unerschrockenen Kämpfern, ungeheuren Kämpfern reifen läßt. Darf sich der Kapitalismus nicht seines Wertes rühmen?

Über all dies hat die Arbeiterklasse sich Gedanken gemacht. Sie hat erkannt, daß die ganze Generation der Kapitalisten zertreten. Er mordet die Kinder in der rauchgeschwängerten Atmosphäre seiner Fabriken, er hat unsern Frauen das Mutterglück zu furchtbarester Qual gemacht, er läßt den Arbeitslosen auf der Landstraße verkommen, er führt alljährlich zehntausende seiner Opfer in seine Gefängnisse. Er raubt dem Handwerker seine Selbständigkeit, er vertreibt den Bauern von der väterlichen Scholle. Er hat für alles seinen Preis, kauft alles mit barem Gelde: das Leben der Männer wie die Ehre der Frauen. Ferne Völker hat er vernichtet, fremde Länder aller Schätze beraubt, um seinen Reichtum zu mehren. Tretend vom Blut und Schweiß unzähliger Millionen, führt er die Menschheit zur Herrschaft über die Natur.

Wenn in den Zeiten der Hochkonjunktur alle Kräfte sich regen, des Kapitalismus großes Umwälzungswerk zu fördern, dann fühlt auch die Arbeiterklasse, wie die Entfaltung der wirtschaftlichen Kräfte auch sie emporträgt. So war es in den letzten Jahren. Die Arbeitslosigkeit war in den meisten Industriezweigen fast verschwunden. Die Gewerkschaften wuchsen in allen Ländern mächtig empor. In vielen erfolgreichen Lohnkämpfen sicherte sich die Arbeiterklasse ihren Anteil an den Früchten der schnellen Wirtschaftsentwicklung. Der wirtschaftliche Fortschritt war von dem politischen begleitet. In Rußland beglückte die Revolution des jähren Willen. Die Arbeiter Österreichs ertritten sich ihr Bürgerrecht im Staate. Den Völkern Ungarns ward das gleiche Stimmrecht verheißt. Hoffnungsfroh sah die Arbeiterklasse aller Länder sich dem endlichen Siege nähern.

Aber jedem Aufstiege der kapitalistischen Wirtschaft folgt ein jäher Sturz. Und wenn die Arbeiterklasse in den Jahren der Wirtschaftsbüße vor allem das Große am Kapitalismus, das Nahen ihres eignen Sieges sieht, so lernt sie in den schweren Zeiten der Krise seine verheerenden, Menschen und Völker mordenden Wirkungen kennen.

Vom Westen her kam diesmal der verheerende Sturm. Einer furchtbaren Krise in Amerika folgte die industrielle Depression in England, in Deutschland. Lange hat sich die österreichische Industrie ihrer Wirkung erwehrt. Zuerst litten nur die auf den Export angewiesenen Industrien unter den Wirkungen der Krise im Ausland. Allmählich erst wurden auch die Textilindustrie und die Maschinenindustrie inne, daß der Markt zu klein ist, die Erzeugnisse ihres schnell ausgedehnten Produktionsapparats aufzunehmen. Schließlich kann sich auch die mächtige Eisenindustrie der Wirkungen der österreichischen Krise nicht mehr erwehren. Die Zahl der Arbeitslosen steigt. Der Kampf der Gewerkschaften ist erschwert. Die Unternehmerverbände zwingen die Arbeiter zu opfervollen Abwehrkämpfen. Aus den willensschwachen Elementen der Arbeiterklasse suchen sich die Unternehmer „gelbe“ Söldnertruppen zu sammeln, die den eignen Klassengegenossen ver-

räterisch in den Rücken fallen. Alle Kräfte der organisierten Arbeiterklasse müssen eingesetzt werden, um die Anschläge des Unternehmertums auf ihre Lebenshaltung abzuwehren.

Gleichzeitig schließen sich auch die politischen Parteien der besitzenden Massen zum Kampfe gegen die Sozialdemokratie zusammen. In Frankreich lassen die Radikalen der Radikalen die Führer der Gewerkschaften verrat. Im Deutschen Reich schließen die letzten Reste des bürgerlichen Liberalismus ein Bündnis mit der Reaktion. In Rußland triumphiert der Zarismus über die Revolution. In Ungarn werden die Hoffnungen der Völker auf das gleiche Wahlrecht schmachvoll getäuscht. In Österreich bilden die bürgerlichen Parteien bald eine Koalition, deren einziger Gedanke der Kampf gegen die Sozialdemokratie ist, bald entzweigen sie wieder den nationalen Kampf, dessen Loben die Forderungen der Volksmassen überbieten soll. Und selbst das große Werk der Sozialversicherung, die Frucht des gleichen Wahlrechts, die auch die schlimmsten Zeiten der Krise der Arbeiterklasse nicht entreißen können, soll hier zur Gelegenheit werden, die Arbeiterklasse auf dem ältesten und eigensten Gebiet ihrer Selbstverwaltung der Unternehmersherrschaft zu unterwerfen.

Mit der Verschärfung der Massenengegenseite im Innern fällt auch die Verschärfung der äußern Gegenseite der Staaten zusammen. Immer gefährlicher wird der Gegensatz zwischen England und dem Deutschen Reich. Im englischen Oberhaus verlangt der erste Reichsherr des Reiches, daß die britischen Arbeiter neben der stärksten Flotte auch ein gewaltiges Landheer erhalten sollen. Vom deutschen Reichstag verlangen die Regierungen 500 Millionen Mark neue Steuern. Der Zarismus sucht seine blutigen Gewalttaten zu rechtfertigen, indem er die Forderung stellt, daß die Kleinsten zum Anlaß für die Verhaftung des gesamten „Slawentums“ gegen Deutschland und Österreich gebürdet. Die türkische Revolution führt zu gefährlichen Konflikten auf der Balkanhalbinsel. Die Amerikaner Bosniens und der Herzegovina leitet ein diplomatisches Ränkepiel ein, das den Frieden ernsthaft bedroht. Die Furcht vor dem Ausbruch eines großen Krieges lähmt alle wirtschaftlichen Kräfte. Wohl protestiert die Arbeiterklasse in allen Ländern gegen Kriegsrüstung und Arbeiterlocke. Aber die Lucretiereien der Diplomatie misshandeln den Willen der Völker.

Und doch dienen auch diese schlimmen Zeiten dem großen Entwicklungsprozeß, der die Arbeiterklasse zu ihrer Selbstbefreiung führt. Haben die glücklichen Kämpfe in der Periode der Hochkonjunktur unsere Truppe geschult und mit Siegesgewissheit erfüllt, so werben die schlimmen Zeiten der Krise neue Kämpfer.

Mit tiefer Erbitterung wird die Arbeiterklasse erfüllt, da sich wiederum auf der einen Seite die Vorräte unerschöpflicher Waren häufen, die Maschinen stillstehen, die Arbeiter ihre Arbeitsstelle verlieren, während auf der andern Seite Tausende gesunder Nahrung, warmer Kleidung, menschenwürdiger Wohnung entbehren. Während die Besitzenden in diesen schlimmen Zeiten Zübelstimmung heucheln, erkennen Tausende Proletarier den allseitigen Gegensatz, in dem ihre Klasse zur kapitalistischen Gesellschaft, zum Klassenstaat und zu den bürgerlichen Parteien steht. Wenn irgend etwas die Kriegsgefahr zu bannen vermag, ist es die Furcht der Herrschenden vor der steigenden Erbitterung der proletarischen Massen. Auch die verantwortlichen Leiter der Staaten wissen sehr wohl, daß jeder kriegerischen Verwicklung gewaltige innere Umwälzungen folgen würden. Das Beispiel der Kommune, die dem Deutsch-Französischen, das Beispiel der Revolution, die dem Russisch-Japanischen Kriege gefolgt ist, lehrt, daß der kapitalistische Staat nur noch einmal gegen den Willen der Volksmassen das Schwert ziehen wird.

So dienen nicht minder als die erfolgreichen Kämpfe der Hochkonjunktur auch die schweren Leiden und ernsten Sorgen der Krise dem großen Kampfe des Proletariats. Der ewige Wechsel von Prosperität und Depression ist der kapitalistischen Gesellschaft chernes Gesetz; und mit jeder Phase des industriellen Zyklus ändert sich auch das Bild des proletarischen Kampfes. Aber aus der Siegesstunde der Hochkonjunktur wie aus der Erbitterung der Krisenzeiten schöpft die kämpfende Arbeiterklasse neue Kraft. Auch die Zeiten des Leidens und der Sorge, die das unbarmherzige Gerede der kapitalistischen Wirtschaft der Arbeiterklasse immer wieder auferlegt, liegen auf dem Wege zur Eroberung der Staatsgewalt und zur Umwälzung des Gesellschaftsgebäudes, auf dem Wege zur Freiheit.

Politische Uebersicht.

Magdeburg, den 28. Januar 1909.

Aussichten.

Die Vorgänge, die sich am Sonntag, Montag und Dienstag auf den Straßen Berlins und im preussischen Abgeordnetenhaus abspielten, geben der bürgerlichen Presse Anlaß zu allerlei Betrachtungen, die je nach dem politischen Standpunkt des Betrachters verschieden ausfallen, aber doch alle in der Ueberzeugung von der Unauflöslichkeit einer preussischen Wahlreform übereinstimmen. In der konservativen Presse wird diese Ueberzeugung allerdings nicht offen ausgesprochen, aber auch hier kann man sie wenigstens zwischen den Zeilen lesen, in denen nichts von Freude und Zufriedenheit über den jüngst errungenen parlamentarischen „Sieg“ geschrieben steht. In dem nichtkonservativen Teile der bürgerlichen Presse wird vielfach übersehen, daß das entscheidende Moment der letzten Wahlrechtsdebatte nicht in dem zufälligen Abstimmungsergebnis, sondern in der Erklärung der Konservativen zu suchen ist.

Die Regierung hat durch den feierlichen Akt der Thronrede die Reformierung des preussischen Wahlrechts für „eine der wichtigsten Aufgaben der Gegenwart“ erklärt. Die Junker erklären jetzt, daß diese wichtigste Aufgabe der Gegenwart für den preussischen König und seine Regierung nicht mehr existieren darf, wenn sie sich nicht verschiedenen Unannehmlichkeiten aussetzen wollen. Würde sich jetzt die Regierung hinter die ergebnislosen Abstimmungen des Abgeordnetenhauses verschließen, und ihre Zauderpolitik mit dem Hinweis darauf zu entschuldigen suchen, daß sich ja auch der Reformwille des Parlamentes zu keinem bestimmten Beschluß hätte verdrängen können, so würde ihr die öffentliche Meinung entgegenhalten. Die Regierung hat früher einmal das große Wort ausgesprochen, daß sie sich keine Wahlreform werde abtrotzen lassen. Diese Erklärung haben, wie die Geschichte lehrt, alle wahlrechtsfeindlichen Regierungen bisher abgegeben, und alle haben sich damit unsterblich blamiert. Denn eine Forderung, hinter der ein Arbeiter energischer Volkswille steht, wird sich immer gegenüber allen reaktionären Lucretiereien siegreich erweisen. Auch in Preußen war der Weg der Zugeständnisse bereits beschritten. Noch im Jahre 1901 hieß das Dreiklassensystem im Munde der preussischen Regierung das „beste Wahlsystem der Welt“. Heute ist seine Ersetzung durch ein andres System „die wichtigste Aufgabe der Gegenwart“.

Nachdem sich aber die Regierung von der Volksströmung ein Stückchen, wenn auch nur ein kleines, nach vorwärts halbe schieben lassen, stellt sich ihr jetzt das Junkertum in den Weg, um sie mit der Faust zurückzuführen. Und seitdem das geschehen ist, sind dreimal 24 Stunden verfloßen, ohne daß die Regierung den Mut zu einer geharnischten Gegenerklärung gefunden hat, die ihre Autorität vor der Öffentlichkeit wiederherstellt.

Hätte man sich nicht längst das Staunen über gewisse Dinge abgewöhnt, so müßte man sich darüber wundern, daß die bloßliberale Presse nicht schon längst die Abgabe einer solchen Regierungserklärung kategorisch verlangt hat, einer Erklärung, in der festgesetzt wird, daß die Regierung tatsächlich an den „bewährten Grundlagen“ des Dreiklassensystems zu rütteln gedenkt und sich durch Drohungen der Junker von der Erfüllung ihrer Pflichten nicht abhalten läßt. Die Liberalen hätten allen Grund, endlich einmal den Mund aufzutun und zu bestätigen, was ohnehin alle Welt schon weiß, daß ihnen Fürst Bülow schon im Sommer 1907 die Beseitigung des Dreiklassensystems in Aussicht gestellt hat. Wenn die Junker nicht schon damals in die Opposition gingen — sie waren natürlich über die politischen Unterhaltungen von Nordern genau unterrichtet —, so kann man nach ihrer neuesten Erklärung nur annehmen, daß sie die damaligen Versprechungen des Reichszanklers als leeres Gerede oder auch als schwindelhafte Vorspiegelungen nahmen, durch die die Liberalen vorsätzlich getäuscht werden sollten. Die Nichtbeachtung, die jener Vorgang bei den Konservativen gefunden hat, ist für den Fürsten Bülow ebensowenig schmeichelhaft wie die plumphen Einschüchterungsversuche, durch die man ihn erst zurückzusehen versucht. Nicht bloß die Sozialdemokratie, auch der Reichszankler und Ministerpräsident ist nach den in Junkerkreisen geltenden Auffassungen bloß Objekt der konservativen Alleinherrschaft.

Wenn bei einem so verfahrenen Zustande der Wahlrechtsangelegenheiten dennoch überall die Einsicht von der

